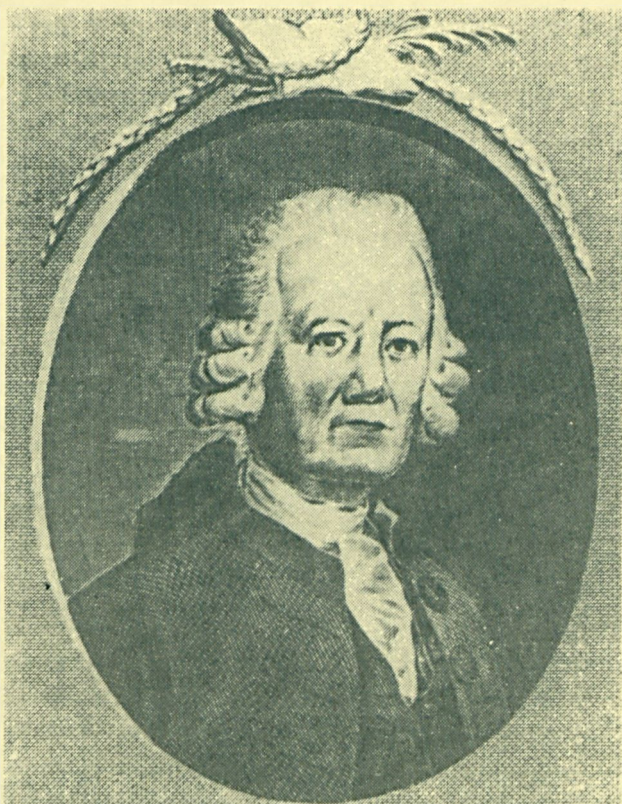


Prof. Dr. Heinz Duchhardt
Nicht-Karrieren.
Über das Scheitern von
Reichskammergerichtskandidaturen
und -Präsentationen



Joh. Jacob Moser.

geb. den 22. Jan. 1701. gest. den 20. Sept. 1793.

*dem Andenken seines ehrwürdigen Vaters
geweiht von dessen 62 jährigen Sohn
Frid. Carl, Freih. von Moser.*

Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammer-
gerichtsforschung • Heft 7

Prof. Dr. Heinz Duchhardt

Nicht-Karrieren.

Über das Scheitern von Reichskammergerichts-
Kandidaturen und -Präsentationen

Schriftenreihe der

Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung

Prof. Dr. Bernhard Gamp, Heft 7

Institut für Rechtsgeschichte der
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main,
zum 60. Geburtstag gewidmet.

(Vortrag gehalten am 21. April 1989 im Stadthaus
am Dom zu Wetzlar)

Wetzlar, 1989

Prof. Dr. Heinz Duchhardt

Über das Scheitern von Reichskammergerichts-Kandidaturen und -Präsentationen.

Nicht-Karrieren.

Über das Scheitern von Reichskammergerichts-Kandidaturen und -Präsentationen

Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp,
Institut für Rechtsgeschichte der
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main,
zum 60. Geburtstag gewidmet.

(Vortrag gehalten am 21. April 1989 im Stadthaus
am Dom zu Wetzlar)



Λ A 37973

(c) Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung
Eigendruck 1989
Auflage 500/05/1989

(Ser. 36813-7)

- 221206 -

Nicht-Karrieren.

Über das Scheitern von Reichskammergerichts-Kandidaturen und -Präsentationen.*

In einem der ersten Wetzlarer Reichskammergerichts-Vorträge ist vor wenigen Jahren Sigrid Jahns den Voraussetzungen und Mechanismen nachgegangen, die auf der Assessorenebene eine Karriere am Reichskammergericht ermöglichten: also den Kriterien für Auswahl, Präsentation und Rezeption der Beisitzer, den für diese "Funktionselite" des Alten Reiches typischen Karrieremustern.¹ Neben der weiteren Erforschung der Judikatur des Reichskammergerichts und seiner Ortung im Ablauf der deutschen Geschichte unter politik- und verfassungsgeschichtlichen Fragestellungen² ist die Sozialgeschichte dieser Institution sicher ein besonders dankbares und besonders reizvolles Thema, in dessen Umkreis der heutige Vortrag zurückkehrt. Er geht freilich von einem grundsätzlich anderen methodischen Ansatz aus und hat deswegen auch ein anderes Ziel als das eingangs genannte Referat: er fragt nach dem Scheitern von Bemühungen um die obersten Positionen am Kammergericht, die Assessorate, die Präsidenten- und die Richterstellen, er fragt nach Personen, denen - aus welchen Gründen auch immer - die angestrebte Karriere am Wetzlarer Reichsgericht versagt blieb, er fragt somit letztlich auch nach persönlichem Mißerfolg, nach Karrierebrüchen. Freilich

ist es nicht die anthropologische oder soziologische Dimension, die diesem Vortrag als erkenntnisleitender Parameter zugrundeliegt, sondern die Frage nach den Gründen von Nicht-Karrieren am Reichskammergericht – objektivierbar-sachlichen, Zufällen, politischem Kalkül. Eine zweite Frage steht im Hintergrund, ohne hier schon nach allen Seiten hin ausdiskutiert werden zu können: Man würde bei der starken Abhängigkeit der Entwicklung des Reichskammergerichts von den allgemeinen Faktoren der Reichspolitik sicher erheblich übers Ziel hinausschießen, wenn man primär Persönlichkeiten für seinen Auf- und Abstieg in der öffentlichen Meinung, für sein sich wandelndes politisches Gewicht verantwortlich machte, obwohl beispielsweise ein stockkatholischer und ziemlich intransigentester Kammerrichter in den 1730er Jahren³ ganz sicher auch Verantwortung dafür trägt, daß das Ansehen des Wetzlarer Gerichts im evangelischen Deutschland nicht gerade einem neuen Höhepunkt entgegeneilte. Aber es ist insgesamt eben doch so, ob in der Vergangenheit oder in der Gegenwart, daß Institutionen in ihren Entwicklungen grundsätzlich offen sind, außer von den politischen Rahmenbedingungen auch von Menschen in diese oder jene Richtung gelenkt werden können – und es ist nicht nur legitim, sondern auch in hohem Maß reizvoll, sich hin und wieder einmal vorzustellen, welche Richtung eine Institution mit anderen Menschen an ihrer Spitze hätte nehmen können.

Diese Spitze des Reichskammergerichts ist teils vom Reichsoberhaupt allein, dem Kaiser, durch Ernennung besetzt worden, teils von den Kurfürsten und den Reichskreisen, die für die Assessorate ein Vorschlagsrecht besaßen, dem das Gericht im Sinn eines sachlich-fachlich begründeten Kooptationsrechts in der Regel folgte, aber nicht folgen mußte, unbeschadet seines Anspruches, aus einem Mehrpersonenvorschlag den ihm genehmen Kandidaten auswählen zu können. Vakanzen und damit Neubesetzungen waren also auf der Ebene Richter/Präsidenten wie auf der Ebene Assessoren jeweils absehbar, und aus der allgemeinen Sozialgeschichte ist zur Genüge bekannt, daß mit dem Freiwerden und der Wiederbesetzung von Spitzenfunktionen immer Politik gemacht werden kann und daß Führungspositionen von der Art der Assessorate, die durchaus bis zum Reichsadel hinführen konnten⁴ und die unter Umständen höchstrangige Nachkarrieren ermöglichten, natürlich immer viele Bewerber auf den Plan riefen, die - ähnlich wie bei heutigen Besetzungsverfahren im akademischen Bereich - aus fachlichen, aus persönlichen oder aus politischen Gründen im weitesten Sinn nicht zum Zuge kamen, also nicht präsentiert oder nicht rezipiert wurden.

Ich werde in einem ersten Schritt exemplarisch erläutern, warum Interessenten im Vorfeld von Assessorats-Wiederbesetzungen "hängenblieben" und

im Präsentationsvorschlag eines Kreises oder Kurfürsten nicht berücksichtigt wurden, frage zweitens, warum auch manchen Präsentierten die Karriere in Speyer bzw. Wetzlar verwehrt wurde, und versuche drittens zu demonstrieren, wie der Kaiserhof im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden mit den Spitzenpositionen am Gericht, den Richter- und Präsidentenstellen, Politik gemacht hat. Karrieren, die - vor allem in den ersten eineinhalb Jahrhunderten des Reichskammergerichts ein nicht seltener Fall⁵ - deswegen nicht zustandekamen, weil ein potentieller Kandidat eine Absage erteilte und einer universitären oder administrativen Tätigkeit den Vorzug gab, bleiben hier ausgeklammert.

1. Obwohl in den Archiven ein reiches einschlägiges Material liegt, ist die Phase bis zum Präsentationsvorschlag eines Kreises bzw. eines Kurfürsten bisher allenfalls punktuell einmal erhellt worden. Welcher Personenkreis bewirbt sich - notabene um eine Position, die für einen Bürgerlichen einen erheblichen sozialen Schub bedeutete und einen Adligen zumindest finanziell absicherte und für Nachkarrieren qualifizierte -, nach welchen Gesichtspunkten - Protektion, Bestechung, Qualifikation, natürlich auch Konfession - wird letztendlich entschieden? Ich habe vor etlichen Jahren auf der Grundlage von

Wiener Akten einen Fall aus dem frühen 17. Jahrhundert einmal etwas eingehender analysiert,⁶ als sich für ein alternativ von den drei geistlichen Kurfürsten zu besetzendes, durch Resignation vorzeitig vakant gewordenen Assessorat sieben Bewerber meldeten, die teils den Administrationen der geistlichen Staaten am Mittelrhein entstammten, teils bereits am Reichskammergericht in anderer Funktion tätig waren, teils aber auch aus entfernteren Regionen, aus Basel und aus Bayern, oder aber von der Universität sich nach Speyer zu verändern suchten. Unter den schließlich dann nicht berücksichtigten Bewerbern befanden sich außerordentlich interessante und qualifizierte Persönlichkeiten, so der Mainzer Jusprofessor und Historiker Dr. Kaspar Beusser, der sich etliche Jahre später nochmals, wiederum vergeblich, um ein Assessorat bewerben sollte⁷ - man kann hier dann fast von einer Familientradition sprechen, denn auch sein Sohn hat sich in den 1660er Jahren erfolglos um eine Richterstelle in Speyer bemüht.⁸ Zu den bemerkenswerten Figuren, die 1611/12 nicht reüssierten, müssen vor allem aber der bayerische Hofrat Dr. Esaias Leuker gezählt werden, ein Mann mit einer breiten, geradezu europäischen Ausbildung, der später - nach einem kurzen

"Zwischenspiel" als Hofbibliothekar in München⁹ - zu einem der fähigsten baye-
rischen Diplomaten für Liga- und Reichs-
angelegenheiten und zum Gesandten am Kai-
serhof aufsteigen sollte,¹⁰ und der worm-
sische Rat Wilhelm von Efferen, der viel-
leicht deswegen gar nicht auf der Dreier-
liste des präsentationsberechtigten Main-
zer Hofs auftauchte, weil er zum Zeitpunkt
der Speyerer Vakanz bereits für den kur-
mainzischen Verwaltungsdienst vorgesehen
war¹¹ und der dann später in habsburgischen
Diensten eine wichtige Rolle in der Reichs-
politik spielen sollte. Efferen ist zudem
aber auch als politischer Schriftsteller
hervorgetreten, sein "Manuale Politicum de
Ratione status seu idolo Principum" zählt
zu den großen staats-theoretischen Werken
des frühen 17. Jahrhunderts mit einer deut-
lichen Tendenz hin sowohl zum Monarchismus
wie zur Staatsraison; man mag sich für ei-
nen Augenblick durchaus einmal vorstellen,
ob dieses Werk, das den katholischen star-
ken Einheitsstaat propagierte, so geschrie-
ben worden wäre, wenn sein Verfasser eine
zeitlang am paritätischen und ständischen
Reichskammergericht verbracht hätte.

Kurmainz hat sich damals, 1611, für einen
Dreiervorschlag entschieden, aus dem das

Collegium Camerale dann den Drittplazierten, den Basler Kanzler Dr. Silvius, auswählte, der wohl auch über die besten Kontakte zum Kameralpersonal in Speyer verfügte und dessen Rezeption eine Beobachtung zu bestätigen scheint, daß das Gericht eher Zurückhaltung übte, sich für Praesentati zu entscheiden, die unmittelbar aus den Zentralbehörden des präsentierenden Standes stammten und die von daher vielleicht in Versuchung geraten konnten, ihre alten Verbindungen über Gebühr weiter zu pflegen. Weitaus interessanter wäre es natürlich, über die Auswahlkriterien in den Reichskreisen näherhin informiert zu sein, über die Frage also, ob sich hier in der Regel die Kandidaten des politisch potentesten Kreisstandes durchsetzten, ob es einen kreisinternen Präsentationsturnus bzw. eine -alternation gab, ob auch kreisfremde Bewerber Berücksichtigung finden konnten usw. Hier steht die Forschung aber, wie angemerkt, noch ziemlich am Anfang.

Wenn sich der präsentierende Hof oder Kreis zu seinem Zweier- oder Dreivorschlag durchgerungen hatte, also einige der Interessenten schon im Stadium der Vorauswahl auf der Strecke geblieben waren, muß man

in der Regel davon ausgehen, daß die Präsentierten nicht nur qualifiziert, sondern auch wirklich ernsthaft an einer Berufung ans RKG interessiert waren. Aber auch jetzt konnte nur einer ans Ziel gelangen, einer oder zwei andere wurden vom kooptierenden Gerichtsplenum zurückgesetzt, aus welchen Gründen auch immer, für sie zerschlug sich die Perspektive RKG nun – in aller Regel – endgültig. Daß auch bei diesem Auswahlverfahren des Plenums höchst bemerkenswerte Persönlichkeiten übergangen werden konnten, soll an einem Beispiel demonstriert werden: 1562, nach dem Ableben des kaiserlichen Assessors Dr. Streben, präsentierte Wien neben einem sonst nicht näher bekannten, möglicherweise aber aus dem Erzstift Trier stammenden Dr. Daniel Hornung¹² einen der "Manager" der kaiserlichen Reichspolitik schlechthin, einen in den Reichsgeschäften vielfach erfahrenen Juristen, der in verschiedener Funktion auf den Reichsversammlungen immer wieder auftaucht: Dr. Gerlach Radermacher.¹³ Allerdings entschied sich das Plenum des Gerichts dann nicht für ihn – und auch nicht für Hornung –, sondern für den dritten Praesentatus Dr. Johannes Hegenmüller, der freilich nur wenige Jahre in Speyer blieb und anschließend zu der Gruppe der Reichspolitiker am Wiener Hof

um Radermacher hinzustieß und in den späteren 1560er Jahren an wenigstens zwei Reichsdeputationstagen als kaiserlicher Delegierter teilnahm¹⁴ – hier eröffnete das RKG also eine beachtliche Nachkarriere.

Die Frage, ob das Kameralkolleg mit Silvius und Hegenmüller wirklich die qualifiziertesten Praesentati auswählte oder aber fachlich besser ausgewiesene Männer übergang, ist damit natürlich noch keineswegs beantwortet – und sie ist vielleicht auch falsch gestellt. Es muß hier sicher nun das gewichtet werden, was die Forschung unter dem Stichwort 'Patronage – Klientel' in jüngster Zeit verstärkt beschäftigt, das Moment also, daß bei den Berufungen ans Reichskammergericht neben Studium, Graduierung und Fachwissen, neben bestimmten Standeserfordernissen, neben geographischer und sozialer Herkunft auch das Faktum eine Rolle spielte, ob ein Bewerber als "passend" angesehen wurde – ein Aspekt, der ja auch bei heutigen universitären oder politischen Berufungen immer zumindest latent mit im Spiel ist. Für einen graduierten Bürgerlichen, aber auch für einen Neuadligen bedeutete der Vorstoß in den exklusiven Kreis der höch-

sten Richter im Reich in aller Regel einen gewaltigen sozialen Mobilitätsschub, und dies war vorzubereiten, indem man rechtzeitig gesellschaftliche, möglichst sogar verwandtschaftliche Kontakte mit dem Behördenpersonal suchte, also sich in ein interpersonales Beziehungsnetz einzuwoben bemühte. Der Sachverhalt ist vor kurzem wohl auf den Punkt gebracht worden: Die RKG-Präsentation reduzierte sich häufig auf einen "Wettlauf um Beziehungen, Protektion und Empfehlungen".¹⁵ Mit konsequenter Planung am Sitz des Reichskammergerichts und beim präsentationsberechtigten Hof¹⁶ konnte eine Karriere zwar nicht programmiert, aber doch zumindest entscheidend erleichtert werden.¹⁷ Die Interventionen von RKG-Personen schon in den Prozeß der Vorauswahl von Praesentati zugunsten von Verwandten, Freunden, "Kreaturen" sind jedenfalls Legion, und es gehört überhaupt keine Phantasie dazu, sich auszumalen, daß aus dem Präsentationsvorschlag in der Mehrzahl aller Fälle eben derjenige Kandidat ausgewählt wurde, der über das beste interpersonale Geflecht verfügte und es entsprechend zu aktivieren wußte. Eine Nicht-Karriere hat also beileibe nicht immer etwas mit Qualifikationsdefiziten zu tun, sondern häufig et-

was mit dem mangelnden oder fehlenden Eingebundensein in ein funktionierendes Patronagesystem.¹⁸

Auch wenn eingehende Untersuchungen über das Bewerberfeld bei Wiederbesetzungen von Assessoraten noch fehlen – man kann dabei sicher von etlichen hundert Personen ausgehen, hat doch Sigrid Jahns allein für den Zeitraum 1648 – 1806 rund 100 Praesentati angenommen, die aus diesem oder jenem Grund vom Gericht nicht rezipiert wurden¹⁹ –, soll doch wenigstens ein "Prominenter" aus der deutschen Geistesgeschichte hier kurz vorgestellt werden, dem eine Karriere am Reichskammergericht versagt blieb. Ich greife heraus Johann Jakob Moser, den großen Kompilator des deutschen Reichsstaatsrechts, dessen Portrait auch das Umschlagblatt der vorliegenden Publikation schmückt, der sich 1731 Hoffnungen auf ein Assessorat in Wetzlar machte, dem das Reichskammergericht sicher einen turbulenten Lebensweg erspart hätte, von dem die Kameralwissenschaft zudem wohl auch einen nachhaltigen Anstoß erhalten hätte.²⁰ Moser wurde letztlich ein "Opfer" des unregelmäßigen Präsentationsmodus im Niedersächsischen Reichskreis: der Bischof von Hildesheim beanspruchte das Präsentations-

recht, Preußen und Hannover bestritten es ihm. So wurde 1731 neben Moser, den der Wittelsbacher Kirchenfürst Clemens August in seiner Funktion als Bischof von Hildesheim präsentiert hatte, noch ein weiterer Praesentatus in Wetzlar vorstellig, das Gericht war außerstande, dieses Problem zu lösen, und verwies es an den Reichstag, wo die Frage niemals zu einer Entscheidung gebracht wurde. Moser wurde zwar später, 1745, von dem Kammerrichter Virmont nochmals aufgefordert, sich um eine neuerliche Präsentation zu bemühen, aber dies lehnte Moser dann ab.²¹

2. So sehr das Kammergericht immer auf seinem Recht insistierte, aus einem Zweier- oder Dreivorschlag eines präsentierenden Kreises oder Kurfürsten auswählen zu können und beispielsweise bei Kurmainz 1652 statt eines Einervorschlages dringend eine Zweier- oder Dreierliste - "wie sonst von alters gebräuchig" - anmahnte,²² so sehr wurde es schon im 17. und dann vor allem im 18. Jahrhundert doch mehr und mehr zur Regel, daß dem Speyerer bzw. Wetzlarer Gericht nur noch ein Kandidat benannt wurde - ein Kandidat zudem, der - ein Indiz für das wachsende Bewußtsein von der Notwendigkeit längerfristiger

politischer Planung - häufig schon Jahre zuvor mit einer Exspektanz versehen worden war.²³ Dies schränkte nicht nur das Kooptationsrecht des Kameralkollegs ein, sondern machte auch aus jeder Zurückweisung eines Praesentatus gleich ein Politikum. Und Ablehnungen, im Kameral Sprachgebrauch Rejektionen, häuften sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts in auffälliger Weise. Ich will die Gründe für das vorzeitige Scheitern von Kammergerichtskarrieren an zwei parallelen Beispielen demonstrieren, dem des bayerischen Praesentatus Schroff und des kurmainzischen Professors Neureuther.



Der kurbayerische Verwaltungsbeamte Freiherr Schroff, dessen Schicksal und verhinderte Karriere Sigrid Jahns vor kurzem behandelt hat,²⁴ war der Sohn eines Maurers und einer Hebamme, der nach seinem Rechtsstudium mit Mühe in der kurpfälzischen Zentraladministration aufgestiegen war, dem dann der Einzug in den kurzlebigen Reichshofrat des wittelsbachischen Kaisers Karl VII. geglückt war, nach dessen Erlöschen ihn der neue bayerische Kurfürst während des Interregnums 1745 in den Freiherrenstand erhoben hatte. Da seine Bewerbung um eine Wiener Reichshofratsstelle

bei Kaiser Franz I. (natürlich) erfolglos blieb, konzentrierte Schroff seit 1746 seine ganzen Bemühungen darauf, ein (kur- oder kreis-)bayerisches Assessorat in Wetzlar zu erhalten, die dann in der Tat bereits 1747 zu seiner Präsentation führten. Schroff absolvierte zwar das sogenannte Generalexamen, in den Wochen und Monaten danach wuchsen im Kameralkolleg dann aber die Vorbehalte gegenüber seiner Person. Diese Reserven gründeten zum einen in Schroffs kurzzeitiger Tätigkeit am konkurrierenden Reichshofrat, zum anderen vor allem aber in seiner als diskriminierend eingestuften sozialen Herkunft, auch wenn man dies im weiteren Verlauf des Verfahrens dann nie an die große Glocke hängte. Stattdessen wurden nun andere, formale Hinderungsgründe vorgeschoben: Schroff solle erst einmal den Doktor- oder Lizentiatengrad erwerben, bevor man weitersehe, dann debattierte man jahrelang darüber, ob Schroff - immerhin ein gewesener Reichshofrat - nicht doch auch noch die Proberelation anfertigen und das Spezialexamen ablegen müsse. All dies hat Schroff, sicher auch nicht zu Unrecht, als ehrenrührig empfunden, und, nachdem das Kameralkolleg nach fünf Jahren sich schließlich doch noch zu seiner Annahme durchrang, von sich

aus die Sache auf die lange Bank geschoben und seinerseits das Kollegium damit natürlich brüskiert. 1754 platzte dem Kollegium schließlich der Kragen, es erklärte Schroff definitiv "pro resignato" und berief den nächsten Praesentatus auf der katholischen Warteliste. Es kam zwar zwischen München und Wetzlar noch zu einem längeren Briefwechsel wegen der - wie es dem Kurfürsten scheinen mußte - Übergehung eines bayerischen Praesentatus, aber Schroff widmete sich seitdem doch allein seiner landesherrlichen Karriere und war für das Reichskammergericht endgültig verloren.

Auch der hochangesehene Mainzer Jusprofessor Johann Georg Neureuther gelangte fast zur selben Zeit nicht ans Reichskammergericht; sein "Fall" war strukturell ganz ähnlich gelagert wie der Schroffs. Neureuther, der bei seiner Bewerbung und Präsentation nicht nur den juristischen Lizentiatengrad, sondern auch eine dreizehnjährige Lehrpraxis an der Mainzer Universität mit einer entsprechenden und einschlägigen Publikationstätigkeit, eine vierzehnjährige Tätigkeit an verschiedenen Gerichten und eine mehrjährige politisch-administrative Erfahrung als kur-

mainzischer Rat vorweisen konnte, der fachlich also über jeden Zweifel erhaben war,²⁵ stieß wie Schroff an Grenzen, die das Gericht absolut willkürlich zog und die nicht allein, aber auch mit seiner sozialen Herkunft zusammenhingen: Das Collegium, dessen prominente Mitglieder viel lieber den (im Gegensatz zu Neureuther längst in das Wetzlarer "System" integrierten) Kanzleidirektor Rüding²⁶ auf dem vakanten Mainzer Assessorat gesehen hätten, argumentierte in offensichtlicher Überstrapazierung, mehr: Verfälschung eines bestimmten Qualifikationsmerkmals in der RKG-Ordnung ("ehrliche Geburt"), die Abkunft des kurmainzischen Praesentatus von einfachen Eltern - sein Vater war wie der Schroffs Maurer - schlosse ihn vom Gericht aus, zumal dem kurmainzischen Assessorat ja der Vorrang vor allen anderen zustehe. Neureuther hat diese Haltung des - allerdings in diesem Punkt durchaus gespaltenen - Gerichts offenbar ähnlich wie Schroff als derart diskriminierend und ehrenrührig angesehen, daß er schon nach kurzer Zeit die Segel strich und auf die erhoffte Reichskammergerichts-Karriere verzichtete; sein Tod bald danach besiegelte dann diese Nicht-Karriere.

Diese Ablehnung Neureuthers durch das Collegium Camerale und damit auch die - offenbar - grundsätzliche Wendung gegen soziale Aufsteiger ist in hohem Maß typisch für die damaligen Bestrebungen in Wetzlar, sich sozial nach unten abzuschotten, einen übersteigerten esprit de corps zu entwickeln, der einen deutlichen Reflex der allgemeinen Veradeligungstendenz darstellt. Für beides könnten gerade aus der Mitte des 18. Jahrhunderts noch andere Belege beigebracht werden wie z. B. die Schwierigkeiten, die dem schwäbischen Praesentatus Albini wegen seiner Mischehe gemacht wurden, oder die Auseinandersetzungen mit dem Kaiserhof um die Adelsqualität des kurböhmischen Praesentatus von Leykam. Beide gescheiterten Kandidaten, die beruflich schon viel erreicht hatten und nun nach einer wirklichen Spitzenbeamtenposition griffen, hatten diesen Griff im Sinn des oben angesprochenen interpersonalen Beziehungsgeflechts aber eben auch nicht oder zu schlecht vorbereitet - in den kurmainzischen Neureuther-Akten tauchen bezeichnenderweise keine Interventionen von RKG-Personen zugunsten Neureuthers auf,²⁷ wohl aber solche zugunsten des in mehrfacher Hinsicht in das Wetzlarer "System"

voll eingebundenen Kanzleiverwalters Rüd-
ding.²⁸ Beiden Karriereversuchen mangelte
es sowohl an der familiären wie an der
Wetzlarer Abfederung. Aber es rächte sich
nun natürlich auch der Übergang zur Ein-
personenpräsentation, weil die Ablehnung
eines Kandidaten - mangels einer perso-
nellen Alternative - einfach zwangsläufig
zu einem Politikum werden mußte. Die hier
skizzierten beiden Fälle beleuchten mu-
tatis mutandis somit ein grundsätzliches
Problem des Reichskammergerichts in der
Endphase des Reiches: Hier eine archaische,
verkrustete Kameralverfassung und ein vor
Selbstbewußtsein strotzendes, für Außen-
seiter fast undurchdringliches Wetzlarer
"System", die auf sozialen und politischen
Wandel nicht reagieren wollten oder konn-
ten, dort ein verändertes Selbstverständ-
nis der Reichsstände, die jede Infrage-
stellung einer politischen Entscheidung,
die sie getroffen hatten, als Beeinträch-
tigung ihrer Quasi-Souveränität einstuf-
ten, auch wenn die Zurückweisung ihres
Kandidaten vielleicht sogar verfassungs-
rechtlich vertretbar sein mochte.

Vor allem der Fall Neureuther verdient
aber noch aus einem anderen Grund Beach-
tung. Nach seiner Nichtannahme durch das

Kameralkolleg präsentierte Kurmainz den Erfurter Jusprofessor Johann Christoph Spitz, wie Neureuther Mainzer Regierungsrat und zudem Assessor des weltlichen Gerichts im kurmainzischen Außenposten.²⁹ Auch Spitz gelangte nicht ans Gericht, formal weil zu viele Bewerber vor ihm auf der Warteliste standen, in Wirklichkeit aber wohl eher, weil am Gericht immer sehr beachtliche Vorbehalte und Widerstände gegen Praesentati vorhanden waren, die bisher in den Zentralbehörden des präsentierenden Hofes gedient hatten. Volker Press hat den Sachverhalt so umschrieben, daß die Anbindung der Beisitzer an die Präsentierenden immer "eine kritische Frage für die Unabhängigkeit des Gerichts" blieb.³⁰ Wenn die kurmainzischen Präsentationen als Beispiel dienen können, so hat es generell bei allen im 17. und 18. Jahrhundert aus dem kurmainzischen Verwaltungsdienst nach Speyer bzw. Wetzlar überwechselnden bzw. überwechslungsbereiten Praesentati Schwierigkeiten gegeben, die überwiegend formal begründet wurden (Einer- statt Dreivorschlag, finanzielle Schwierigkeiten des Gerichts),³¹ die aber insgesamt sehr deutlich die latente Befürchtung des Gerichts widerspiegeln, der Präsentierte könne zum

verlängerten Arm des Kurierzkanzlers und zum Mittel werden, auf das Kameraalkolleg politischen Einfluß auszuüben.

Freilich dürfen die hier geschilderten beiden Nicht-Karrieren nicht unbedingt als typisch für eine generelle Politik der Mobilitätsverhinderung des Reichskammergerichts eingestuft werden. Sie sind typisch für die Mitte des 18. Jahrhunderts, wo sich derartige Fälle häuften, aber aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert, als das Bewußtsein von sozialem Wandel auch das Gericht stärker erfaßte, sind dann doch auch wieder Fälle von wirklichem sozialem Aufstieg bekannt – der 1789 rezipierte fränkische RKG-Assessor Ullheimer war z. B. Sohn eines Gerichtspedells.³² Grundsätzlich ermöglichte und förderte das Gericht sozialen Aufstieg, auch wenn solche Karrieren im 18. Jahrhundert aus verschiedenen Gründen eher schwieriger und seltener wurden, weil sich in Wetzlar eine deutliche Tendenz zur "Selbstrekrutierung", zur Abwehr von unbekannten und das Klientelsystem möglicherweise gefährdenden Außenseitern durchgesetzt hatte.

Natürlich darf über diesen spektakulären Rejektionen um die Mitte des 18. Jahrhunderts nicht vergessen werden, daß es in der Tat auch ganz "normale", auf ein nicht den Ansprüchen genügendes Spezialexamen gründende Ablehnungen von Assessoren gab, deren mangelnde fachliche Kompetenz mit-hin eine RKG-Karriere verhinderte. Ein solcher Fall scheint der 1661 vom Kaiser präsentierte Dr. Jakob Hueber gewesen zu sein, der die Fachprüfung nicht bestand.³³ Da ein solcher Vorgang aber natürlich immer auch die Beziehungen zum präsentierenden Hof oder Kreis berührte, und zwar negativ berührte, scheint man sich am RKG in aller Regel solche Rejektionen jedoch besonders gut überlegt zu haben. Insgesamt wissen wir über diese Fälle, vor allem für das "lange" 16. Jahrhundert, aber noch wenig Bescheid, insbesondere die Nichtberücksichtigung oder Rejektion von Adeli-gen, denen es an der erwünschten juristischen Bildung mangelte.³⁴ -Auf einen Sonderfall, den der abgebrochenen bzw. abbrechenden Karriere, kann in diesem Zusammenhang ebenfalls nur mit einigen wenigen Sätzen hingewiesen werden. Fälle von Beisitzern, die sich Unregelmäßigkeiten hatten zuschulden kommen lassen, die aktiv oder passiv bestechlich gewesen waren, hatten

die Visitationen im 16. Jahrhundert immer wieder zutage gefördert, und die inkriminierten Personen hatten regelmäßig die Konsequenzen aus ihrem Fehlverhalten zu ziehen und ihr Assessorat zu resignieren; ein solches Beispiel ist etwa der Assessor Dr. Kaspar Cuno, der 1564 wegen notorischer Nichterfüllung seiner Dienstpflichten zur Aufgabe seines Amtes gezwungen wurde.³⁵ Nach dem Ende der ordentlichen Visitationen kamen solche Fälle seltener ans Tageslicht, aber wenn es einmal geschah, waren sie um so spektakulärer. Am schlagzeilenträchtigsten wurde der Fall des Mainzer Assessors Dr. Schütz, der sich in den 1680er Jahren in dubiose Geschäfte, u. a. mit Frankfurter und Speyerer Juden, einließ und der passiven und aktiven Bestechung beschuldigt wurde. Unter dem Druck der Beweislast wurde Schütz schließlich in Arrest genommen und bot seine Resignation an.³⁶ Der Kaiser nahm diese Resignation keineswegs sogleich an, Schütz blieb inhaftiert, wurde peinlichen Verhören unterzogen und erst über ein Jahr später unter Vorbehalt und offenbar ohne sonstige Bestrafung auf freien Fuß gesetzt – auch die Macht des Geldes also und persönliches Fehlverhalten konnten, wie sollte es anders sein,

Karrieren scheitern lassen. Ähnliches sollte sich dann nach der letzten Visitation in den 1770er Jahren nochmals wiederholen.³⁷

3. Noch mehr als bei den Assessoraten setzte natürlich bei den höchstrangigen Positionen am Reichskammergericht, dem repräsentativen Kammerrichteramt und den Präsidentenstellen, ein "Run" von Bewerbern ein, denn ein solches Amt bedeutete mehr als jedes andere den Aufstieg in die absolute Spitze der Reichsbeamtenschaft; dies macht es verständlich, daß hier seit der Mitte des 17. Jahrhunderts immer auch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen - hier Reichsgrafen, dort Reichsritterschaft - um die alleinige oder gemeinsame Zugangsberechtigung ausbrachen.³⁸ Ich will mich unter Außerachtlassung der verfassungsrechtlich brisantesten Phase, als die Besetzung dieser Ämter regelmäßig zugleich ein konfessionelles Reizthema war,³⁹ mit meinen Beispielen auf die Zeit nach dem Westfälischen Frieden konzentrieren, als die konfessionelle Zugehörigkeit der Amtsinhaber entweder festgeschrieben oder aber nicht mehr umstritten war. Ich greife zunächst heraus die Wiederbesetzung der Kammerrich-

terstelle nach dem Tod des Fürsten Hohenlohe 1763, um die sich mit dem Freiherrn von Groschlag wenigstens ein Reichsritter, ein in kurpfälzischen Diensten stehender nachgeborener Graf von Leiningen-Westerburg, ein Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst sowie der Wetzlarer Präsident Graf Franz Joseph Spaur bewarben, für dessen Ernennung durch den Kaiser nicht nur seine Herkunft aus dem tirolischen Adel und seine familiären Kontakte in die Erblande hinein – sein Bruder war Fürstbischof von Seckau und Brixen –, sondern auch seine glänzenden Beziehungen zum Mainzer Hof sprachen, in dessen Diensten er bis zu seinem Überwechseln nach Wetzlar gestanden hatte.⁴⁰ Gegenüber den drei Vertretern von Familien, die in der Vergangenheit ein- oder mehrmals Spitzenpositionen am Reichskammergericht bekleidet hatten – Hohenlohe, Leiningen, Groschlag –, sprach von der Einbindung in das Wiener Netzwerk her vieles für Spaur, der schließlich auch – notabene als landsässiger Graf – vom Kaiser den Zuschlag erhielt.⁴¹ Im Gegensatz zu den Assessoren-Präsentationen ist hier die personell-soziale Verklammerung mit dem Wetzlarer "System" eher ein Nachteil denn ein Vorteil gewesen. Aber auch hier waren die übergangenen Bewerber kei-

neswegs Männer aus dem dritten Glied: Karl Friedrich Willibald Freiherr von Groschlag-Dieburg, dessen Vater Spaurs Vorgänger als Präsident des Reichskammergerichts gewesen war, der also an eine Familientradition anzuknüpfen suchte, war 1763, nachdem er bereits eine längere diplomatische Mission in Versailles hinter sich gebracht hatte, Mainzer Geheimrat, wurde dann unter Kurfürst Emerich Joseph von Breidbach-Bürresheim der fast allmächtige und vielfältige Reformen initiiierende Minister des Kurstaates, wurde nach dem Tod seines Gönners entlassen und hat dann eine zweite fast ebenso glänzende diplomatische Karriere in französischen Diensten durchlaufen – einer der wirklichen Motoren der Aufklärung in der Germania Sacra.⁴² Auf seine Art muß auch der Fürst Karl Albrecht I. von Hohenlohe-Schillingsfürst zu den profilierten und markanten Persönlichkeiten seiner Zeit gezählt werden, sicher, anders als Groschlag, kein Aufklärer, sondern im Gegenteil ein Mann, der soziale und politische Strukturen zu bewahren suchte. Der regierende Fürst führte eine lebhafte und weitgespannte Korrespondenz über kirchliche und politische Fragen, war ein engagierter Anhänger der Societas Je-

su und ihrer gesellschaftlichen Funktion und trat gerade 1763, im Jahr seiner Bewerbung, mit einer von ihm inspirierten und ihm gewidmeten Bibelübersetzung an die Öffentlichkeit – ein Fürst, dessen Katholizität und Habsburgtreue über jeden Zweifel erhaben war, der für das Gericht freilich gerade wegen seines Konfessionalismus auch zu einem Problem hätte werden können, hätte seine Bewerbung Erfolg gehabt.⁴³ Lediglich der Leininger Graf Georg Ernst Ludwig scheint eine eher unbedeutende und zweitrangige, zudem wegen der problematischen finanziellen Situation seiner Familie recht schillernde Figur gewesen zu sein, zwar mit vielen pfälzischen Titeln bedacht und sogar Inhaber eines kaiserlichen Geheimratsdiploms, aber seiner Präsenz am Mannheimer Hof wegen doch in derart großen Schwierigkeiten, daß er 1759 seinen gesamten (allerdings bescheidenen) Besitz an seinen Bruder hatte verkaufen müssen;⁴⁴ hier sollte das regelmäßige Einkommen als Kammerrichter wohl vor allem aus einer kritischen finanziellen Lage erlösen.

Pars pro toto beleuchtet dieses Beispiel, daß die Besetzung der Wetzlarer Spitzenpositionen im 18. Jahrhundert zu einem

Mittel und Instrument der habsburgischen Reichspolitik wurde, nachdem man in der Hofburg diese Kompetenz bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts doch eher als eine lästige Pflicht angesehen hatte. Und dies korrespondiert mit einem anderen Grundzug der Wiener Politik, der etwas mit längerfristiger politischer Planung, mit mehr Rationalität in der Politik zu tun hat, damit, auf überraschende Situationen vorbereitet zu sein, nicht überstürzt reagieren zu müssen. Seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts ging die Politik der Hofburg ganz offenkundig in die Richtung, vorzeitig Exspektanzen auf die irgendwann freiwerdenden Spitzenpositionen am Reichskammergericht zu erteilen, um durch diese Art subtilen Pensionen-Ersatzes zudem ihre Klientel zu stärken, um einflußreiche Männer, deren Autorität und Gewicht man zu benötigen glaubte, politisch zu gewinnen, um Loyalitäten zu erzwingen. So hat etwa der Graf Karl Ferdinand von Manderscheid-Blankenheim lange vor dem Erledigungsfall, 1685, eine Exspektanz für die katholische Präsidentenstelle erhalten, die dann fast neun Jahre später aktiviert wurde,⁴⁵ der Mainzer Minister Philipp Karl Anton von Groschlag erwirkte in den 1730er Jahren und dann nach dem Inter-

regnum Exspektanzen sowohl von Karl VI. wie von Karl VII. für eben diese Stelle, aufgrund derer er dann 1742 Präsident in Wetzlar wurde.⁴⁶ Sein Beispiel läßt die politische "Philosophie" der Hofburg vielleicht besonders deutlich hervortreten: Die Exspektanzen für die Präsidentenstellen werden Mittel zum Zweck, werden zum wohlkalkulierten politischen Instrumentarium, um einen einflußreichen Mann vor dem Abdriften in ein anderes politisches Lager abzuhalten, um das Klientelnetz im Reich fester zu knüpfen. Wenn das Reichskammergericht in seiner politischen Bedeutung im 18. Jahrhundert immer deutlicher zurückging: für den Kaiserhof gewann es erst damals eine Funktion in seiner Reichs- und Klientel-Politik. Den "Knoten" stellte wohl die vorletzte RKG-Visitation 1707-13 dar, mit der die weitgehende Selbständigkeit des Gerichts zugunsten einer sich verstärkenden personellen Anbindung an die Hofburg zu Ende ging.⁴⁷

Aber mit dem Exspektanzensystem verfolgte der Kaiserhof nicht nur das Ziel, eine absolut kaisertreue Klientel an die Spitze des Gerichts zu zwingen, es ging ihm vielmehr immer auch um die möglichst rasche Wiederbesetzung - zumindest des Richteram-

tes - mit einem Mann, der gewissermaßen auf das Ableben des bisherigen Amtsinhabers wartete, um dann sofort introduziert zu werden. Dies war eine Lehre aus den vielen Situationen im späten 16. und im frühen 17. Jahrhundert, als im Erledigungsfall keine geeigneten Männer bekannt waren oder zur Verfügung standen, und dies hat sicher auch etwas damit zu tun, daß der moderner werdende und sich um mehr Effizienz bemühende Staat, anders als noch im 16. Jahrhundert, nun längerfristig zu planen begann und nicht nur ad hoc reagierte. Diese neue und im Prinzip modernere Personalpolitik erwuchs freilich weniger der tiefen Sorge um die Justiz, sondern hatte auch dann immer noch etwas mit konfessionellen Empfindlichkeiten zu tun. Nach der Geschäftsordnung des Reichskammergerichts übernahm beim Tod des Richters der dienstälteste Präsident die laufenden Geschäfte und Amtsobliegenheiten des Richters - und dienstältester Präsident konnte natürlich immer auch ein Protestant sein. Die ungewöhnliche Aufregung in Wien und Mainz 1739 ist nur vor diesem Hintergrund zu erklären, daß unbedingt eine Exspektanz erteilt werden müsse, um eine Vakanz zu verhindern und um zu vermeiden, daß die gesamte Dienstkorrespondenz des Kammerrichters In-

gelheim dem Protestanten Wied in die Hände fiel. Bezeichnenderweise hat der damals mit einer Exspektanz bedachte Graf Ambrosius Franz Friedrich Christian von Virmont⁴⁸ der Hofburg nicht nur versichert, die kaiserliche Autorität am Kammergericht wiederherzustellen, sondern auch das Versprechen abgegeben, sich sofort nach Ingelheims Tod introduzieren zu lassen, damit dessen Akten nicht in die falschen - also protestantischen - Hände, Wieds Hände, gerieten.⁴⁹

Virmont ist dann tatsächlich, auch weil seine Exspektanz von den Reichsvikaren 1741 erneuert worden war, 1742 Nachfolger Ingelheims geworden, seine Karriere am Reichskammergericht scheiterte also nicht. Interessanter unter dem hier behandelten Aspekt des Scheiterns von Reichskammergerichts-Karrieren ist insofern sicher sein "Vorgänger" als Exspektantist, der kurkölnische Minister und Diplomat Freiherr bzw. Graf Ferdinand von Plettenberg. Plettenberg, eine der schillerndsten Figuren nicht nur der rheinisch-westfälischen, sondern der deutschen Politik in den 1720er und 1730er Jahren, der allmächtige und einzige Minister des wittelsbachischen Kirchenfürsten

Clemens August, politisch nie ganz eindeutig zu lokalisieren, unberechenbar, aber insgesamt wohl doch seit 1731 eher dem Kaiserhof zuneigend, war im Frühsommer 1733 gestürzt worden. Die Politik des mächtigen Kölner Kurfürsten orientierte sich seitdem rasch ins bayerisch-französische Fahrwasser um, und es mußte nun im Interesse der Hofburg liegen, Plettenberg nicht nur bei der Stange zu halten, sondern ihm auch einen Anreiz zu geben, das Vertrauen Clemens Augusts wiederzugewinnen und ihn an die Seite der Hofburg zurückzuführen. Diesem Ziel diente nicht nur, nachdem man in Wien immer wieder gezögert hatte, ihm eine Anwartschaft auf das Reichsvizekanzleramt zu erteilen, seine Ernennung zum kaiserlichen Gesandten beim Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis, sondern auch die Exspektanz für das Kammerrichteramt, von der Ende 1734 aus Wien berichtet wurde.⁵⁰ Zum Wirksamwerden dieser Exspektanz kam es dann zwar nicht, weil Plettenberg ziemlich überraschend bereits 1737 verstarb, aber es sind wohl auch Zweifel angebracht, ob der gestürzte kölnische Minister, ein homo politicus bis in die Haarspitzen, in Wetzlar sehr glücklich geworden wäre.⁵¹ Die Exspektanz auf

die Kammerrichterstelle diene hier ganz offenkundig dazu, einen Politiker, der etwas geleistet hatte und von dem man sich noch etwas versprach, in der kaiserlichen Klientel zu halten und gewissermaßen sozial abzusichern.

Plettenberg starb zu früh, als daß seine Exspektanz hätte wirksam werden können, bei anderen war es schlicht politischer Zufall, daß die Karriere in Wetzlar nicht zustandekam – auch der Zufall ist eben eine historische Kategorie, die geschichtswirksam werden konnte. Für die Nachfolge Virmonds, der im November 1744 gestorben war, hatte der wittelsbachische "Zwischenkaiser" Karl VII. den Grafen Ernst von Montfort vorgesehen und zum Kammerrichter ernannt, also einen bayerischen landsässigen Adeligen. Der Tod des Kaisers aus Bayern aber ließ den Traum von der Karriere in Wetzlar rasch zerplatzen: Einer der Reichsvikare, Kur-sachsen, beantragte die vorläufige Suspendierung des Annahmeverfahrens, über dessen Rechtmäßigkeit kam es zu langen Schriftwechseln. Montfort hat dann wohl eingesehen, daß die neue politische Gesamtsituation sein Avancement nicht mehr zuließ, und hat im Oktober 1745 verzich-

tet; offenbar hatte der neue Kaiser auf diesen Schritt geradezu gewartet, denn bereits im November 1745 wurde das Richteramt nunmehr dem Fürsten Karl Philipp von Hohenlohe übertragen, der das Glück hatte, daß der Kaiser nicht wieder vor der Einführung verstarb.⁵² Und noch ein zweites Beispiel zum "Zufall", der Karrieren verhinderte: 1662 erwirkte mit kurmainzischer Unterstützung der Reichshofrat Johann Christoph von Schmidburg eine kaiserliche Präsentation für die zweite protestantische Präsidentenstelle in Speyer, die im Jüngsten Reichsabschied 1654 eingerichtet worden war - eins der für die Zeit nach 1648 seltenen Beispiele übrigens, daß ein Wechsel vom kaiserlichen Reichsgericht nach Speyer/Wetzlar ins Auge gefaßt wurde. Für den rheinischen Ritter zerschlug sich dieses Projekt dann aber sehr rasch, weil das Gericht schlicht nicht über die nötigen Finanzmittel verfügte, um die vorgesehenen vier Präsidenten zu besolden.⁵³

Die drei Spitzenpositionen am Reichskammergericht, deren Besetzung allein dem Kaiserhof oblag und für die demzufolge auch "nur" eine Lobby in Wien, allenfalls noch in Mainz, gewonnen werden muß-

te, während das Plenum ja kein Recht hatte, eine Ernennung zurückzuweisen, sind im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehr und mehr zu einem Mittel der österreichischen Reichs- und Hauspolitik abgesunken – oder aufgestiegen, je nachdem. Sie wurden über das Exspektanzensystem zu einer Einrichtung, um Schlüsselfiguren der Reichspolitik sozial abzusichern, sie wurden aber auch zu einer Versorgungseinrichtung der traditionellen habsburgischen Klientel im Reich – bezeichnenderweise hat 1722 Karl VI. mit dem kaiserlichen Geheimrat Philipp Karl von Hohenlohe erstmals einen Kammerrichter ohne vorherige Konsultation des Reichserzkanzlers ernannt.⁵⁴ Diese Konzentration auf Familien, die für die Hofburg wichtig waren oder werden konnten, ging zu Lasten von Dynasten, die in der Vergangenheit eine Art Anspruch auf diese Ämter entwickelt hatten, wie z. B. die Leiningen – oder zu Lasten eines Ingelheim, der erfolglos versuchte, einem seiner Söhne eine kaiserliche Exspektanz auf das Kammerrichteramt zu verschaffen und das alles andere als unproblematische Ingelheim-Regiment damit zu perpetuieren.⁵⁵ Die Spitzenpositionen am Reichskammergericht werden im 18. Jahrhundert zur politischen Manövriermasse

der Hofburg, zu einem Mittel, die eigene Klientel zu stärken und damit zu einem nicht unwesentlichen Bestandteil jenes politisch-sozialen Netzes, das der Hofburg bis in die 1780er Jahre hinein eine aktive Reichspolitik ermöglichte. Ob diese Besetzungspolitik sich immer zum Vorteil des Reichskammergerichts auswirkte, ist eine völlig andere Frage.

Wir haben uns der Reichskammergerichtsgeschichte von einer vielleicht eigenwilligen Fragestellung her zu nähern versucht, der Frage, welche politischen, sozialen, im Selbstverständnis des Corpus zu suchenden Gründe Karrieren von Interessenten in Speyer bzw. Wetzlar verhindert haben. Die Frage zielte ebenso auf das Innenleben einer Reichsinstitution, auf die Mechanismen ihrer Selbstergänzung, wie auf ihr Außenleben, ihre Beziehungen zu den sie tragenden Ständen, ihre politische Instrumentalisierung durch den Kaiser. Die Frage zielte auf Projekte, die nicht realisiert wurden, auf persönliche und politische Hoffnungen, die sich zerschlugen, auf Strukturen und Konstellationen, die Karrieren verhinderten. Mir scheint, daß auch ein solcher methodischer Ansatz zur sozial-, Verfassungs- und politischen Geschichte des frühneuzeitlichen Reiches manches beitragen kann.

* Unveränderter, um die Belege erweiterter Text des Vortrages vom 21. April 1989. Der eigene Charakter des gesprochenen Wortes wurde beibehalten. Die Studie ist Bernhard Diestelkamp zum 6. Juli 1989 gewidmet, dem Anreger und Forscher, dem eigentlichen "Motor" der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung.

1. Sigrid Jahns, Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung H. 2), Wetzlar 1986.

2. Unverzichtbar nach wie vor Rudolf Smend, Das Reichskammergericht, Weimar 1911 (ND Aalen 1965). Dazu jetzt besonders Bernhard Diestelkamp (Hrsg.), Forschungen aus Akten des Reichskammergerichts, Köln/Wien 1984, sowie die beiden in der Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung erschienenen Vorträge von Bernhard Diestelkamp, Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Wetzlar 1985, und Volker Press, Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte, Wetzlar 1987.

3. Heinz Duchhardt, Reichskammerrichter Franz Adolf Dietrich von Ingelheim (1659/1730-1742). In: Nassauische Annalen 81 (1970) S. 173-202.

4. Heinz Duchhardt, Reichsritterschaft und Reichskammergericht. In: Zeitschrift für historische Forschung 5 (1978) S. 315-337.

5. Zu diesen Beispielen von Nicht-Karrieren wegen Desinteresses zählen etwa der Freiburger Kanonist Prof. Friedrich Martini, den 1592 der Schwäbische Reichskreis für ein Assessorat zu gewinnen suchte (R. Stintzing, Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft, Bd. 1, München/Leipzig 1880, S. 672), der Straßburger Jurist Dr. Georg Obrecht, dem das kurpfälzische Assessorat angeboten wurde (ebd. S. 673), oder der spätere Jenaer Rechtsprofessor Nikolaus Reusner, der die Präsentation für ein schwäbisches Assessorat ausschlug (ebd. S. 712).

6. Heinz Duchhardt, Die Wiederbesetzung eines Speyerer Reichskammergerichtsassessorats 1611/12. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 3 (1977) S. 229-236.

7. Über den Hintergrund seines Scheiterns 1624 (Akten: Haus-, Hof- und Staats-Archiv Wien [im folgenden: HHStAW] Mainzer Erzkanzler-Archiv [im folgenden: MEA] Reichskammergerichtsakten [im folgenden: RKGA] 48) vgl. Sigrid Jahns, Der Aufstieg in die juristische Funktionselite des Alten Reiches. In: Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, hrsg. von Winfried Schulze, München 1988, S. 353-387, hier S. 370f. Über die akademische Karriere Beussers vgl. Eckart Pick, Mainzer Reichsstaatsrecht, Wiesbaden 1978, S. 42.

8. Dr. Franz Peter Beusser; Akten: HHStAW MEA RKGA 48.

9. Vgl. Rupert Hacker, Die Münchener Hofbibliothek unter Maximilian I. In: Um Glauben und Reich. Kurfürst Maximilian I. von Bayern, hrsg. von Hubert Glaser, München/Zürich 1980, S. 354ff.

10. Umfängliches Material zu Leukers Tätigkeit in den Quellensammlungen Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher (München 1870-1978) bzw. Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, neue Folge: Die Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618-1651 (Leipzig/München 1902-1986). Übrigens schätzte Maximilian seinen Diplomaten nach wie vor auch als Gelehrten, der z. B. 1622 in Heidelberg weilte, um zu eruieren, ob mit den Beständen der "Palatina" ein bayerisches "Historienwerk" geschrieben werden könne; vgl. Hans-Otto Keunecke, Die Vorbereitung der Heidelberger Bücherentführung von 1622/23 durch den Vatikan und die Rolle Maximilians von Bayern, in dem oben Anm. 9 genannten Sammelwerk, S. 408-415, hier S. 412. - Ein NDB-Artikel über Leuker fehlt leider.

11. Über Efferen als kurmainzischen Diplomaten etliches Material bei Hugo Altmann, Die Reichspolitik Maximilians I. von Bayern 1613-1618, München/Wien 1978.

12. Die Familie Hornung hatte in der Reichspolitik durch den kaiserlichen Diplomaten Dr. Felix Hornung einen guten Namen, dessen Protokoll vom Regensburger Reichstag von 1555 vor einiger Zeit Heinrich Lutz und Alfred Kohler herausgegeben haben (Wien 1971). Ein Daniel Hornung erscheint nicht unter den Söhnen Felix Hornungs (S. 21). War Daniel vielleicht ein Bruder, der von dem kurzzeitigen Projekt, Felix ans Reichskammergericht zu senden (S. 7), inspiriert worden war, eine ähnliche Karriere ins Auge zu fassen? - Die Akten dieser Präsentation im HHStAW Reichskanzlei (im folgenden: RK) Reichskammergerichtsvisitationsakten 321a.

13. Vgl. Helmut Neuhaus, Reichsständische Repräsentationsformen im 16. Jahrhundert. Reichstag - Reichskreistag - Reichsdeputationstag, Berlin 1982, S. 555, 563.

14. Ebd. S. 555, 557.

15. Jahns, Aufstieg (wie Anm. 7) S. 371.

16. Von den kurmainzischen Praesentati war in dieser Hinsicht am konsequentesten der Mainzer Bierbrauersohn Beaurieux, der nach seiner Ernennung zum badi-schen Hofrat in die Mainzer Beamtenoligarchie hinein-heiratete, diese Beziehungen kontinuierlich pflegte und über den Onkel seiner Frau, den kurmainzischen Kanzler Lasser, dann die Präsentation zum Assessorat erlangte. Akten in HHStAW MEA RKGA 89; vgl. auch Jahns, Aufstieg (wie Anm. 7) S. 366. - Interessant auch der "Fall" Geismar, der als eichstättischer Geheimrat und Hofmarschall den Schönborn in der Germania Sacra zu Diensten gewesen war und dafür 1711 mit dem Mainzer Assessorat belohnt wurde, nachdem er bereits 1707 während der Inaktivität des Reichskammergerichts eine Exspektanz für diese Stelle erhalten hatte; vgl. Heinz Duchhardt, Kurmainz und das Reichskammergericht. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 110 (1974) S. 202ff.

17. Eine Anzahl weiterer Fälle bei Jahns, Aufstieg (wie Anm. 7).

18. Grundlegend zu diesem ganzen Komplex jetzt der Aufsatz von Jahns, Aufstieg (wie Anm. 7).

19. Sigrid Jahns, Gescheiterte Reichskammergerichts-präsentationen. Der Fall Johann Adam Freiherr von Schroff 1747-1754. In: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 31 (1985) S. 102-138, hier S. 108.

20. In Mosers riesengroßem Werk finden sich ja nur einige kleinere Arbeiten, die sich mit den Problemen und der Judikatur des Reichskammergerichts speziell beschäftigen; vgl. Reinhard Rürup, Johann Jakob Moser. Pietismus und Reform, Wiesbaden 1965, S. 125.

21. Ebd. S. 125f.

22. RKG an Kurmainz, 1652 Februar 14/24: HHStAW MEA RKGA 89.

23. Dies gilt zumindest für Kurmainz, wo die Exspek-
tanzen seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert zur Regel
werden. Die entsprechenden Akten in HHStAW MEA RKGA
89. - Über die Mainzer Assessoren insgesamt vgl. Heinz
Duchhardt, Die kurmainzischen Reichskammergerichts-
assessoren. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für
Rechtsgeschichte GA 94 (1977) S. 89-128.

24. Vgl. den oben Anm. 19 genannten Aufsatz von 1985.

25. Zur Person Otfried Praetorius, Professoren der Kur-
fürstlichen Universität Mainz 1477-1797. In: Familie
und Volk 1 (1952) S. 99; zum wissenschaftlichen Oeuvre
Pick (wie Anm. 7) S. 184-203.

26. Zu Rüdings Gunsten intervenierten jedenfalls et-
liche Wetzlarer Persönlichkeiten in Mainz, unter an-
derem Präsident Wied und sogar Kammerrichter Hohenlohe.
Akten: HHStAW MEA RKGA 89.

27. Neureuther hatte zwar ein Praktikum in Wetzlar ab-
solviert, aber das allein genügte natürlich nicht.
Auch sein Vorgänger in der Mainzer Professur, Rüd-
ing, hat sich eigener Interessen wegen natürlich nicht für
Neureuther eingesetzt.

28. Vgl. Anm. 26. Außerdem: Otfried Praetorius, Juristen-Sitten am alten Reichskammergericht. In: Familiengeschichtliche Blätter 35 (1937) S. 68-78, hier S. 72. Rüding war mit einer Tochter des Assessors Pütz verheiratet; seine Töchter heirateten dann den Notar Gülich bzw. den Assessor Fahnenberg, der wiederum ein Neffe des kurmainzischen Praesentatus Beaurieux war.

29. Akten: HHStAW MEA RKGA 89.

30. Press (wie Anm. 2) S. 13

31. Dieses Thema hat Joseph Anton Vahlkampf in seinen Reichskammergerichtlichen Miscellen (Bd. 1, Gießen/Wetzlar 1806, S. 1-24) zu einer längeren Abhandlung veranlaßt.

32. Vgl. Jahns, Aufstieg (wie Anm. 7) S. 358.

33. Ebd. S. 375.

34. Ein solcher Fall bei R. M. Sprenger, Viglius van Aytta und seine Notizen über Beratungen am Reichskammergericht (1535-1537), Nijmegen 1988, S. 36. Den Hinweis auf diese Neuerscheinung verdanke ich Herrn Kollegen Nève in Nijmegen.

35. Visitationskommission an Kaiser, 1564 Juni 13: HHStAW RK Reichskammergerichtsvisitationsakten 321b.

36. Akten: HHStAW MEA RKGA 79b. Zum Hintergrund vgl. auch Press (wie Anm. 2) S. 33.

37. Vgl. Press (wie Anm. 2) S. 44.

38. Die zeitgenössische Literatur ist abundant; ich nenne hier nur beispielshalber Johann Jacob Moser, Vermischte Nachrichten von reichsritterschaftlichen Sachen, 2. Stück, Nürnberg 1772. Vgl. auch Duchhardt, Ingelheim (wie Anm. 3) S. 181f.

39. Dazu Heinz Duchhardt, Der Kampf um die Parität im Kammerrichteramt zwischen Augsburger Religionsfrieden und 30jährigem Krieg. In: Archiv für Reformationsgeschichte 69 (1978) S. 201-218.

40. Die einschlägigen Akten: HHStAW MEA RKGA 254.
Über Spaur vgl. ADB 35 (1893) S. 71f.
41. Kurmainz hätte im übrigen viel lieber Groschlag als neuen Kammerrichter gesehen; Kurmainz an Brié, 1763 März 4: HHStAW MEA RKGA 254.
42. Über Groschlag vgl. u. a. T. C. W. Blanning, Reform and Revolution in Mainz 1743-1803, Cambridge 1974, S. 110 und passim.
43. Zur Biographie Hohenlohe-Schillingsfürsts vgl. Adolf Fischer, Geschichte des Hauses Hohenlohe, Bd. 2, o. O. 1871, S. 136-145.
44. Ed. Brinckmeier, Genealogische Geschichte des ... Hauses Leiningen- und Westerburg, Bd. 2, Braunschweig 1891, S. 350f.
45. Akten: Bundesarchiv Frankfurt RKG IVb3.
46. Akten ebd. Vgl. auch Heribert Raab, Groschlag in Wetzlar. In: Festschrift zum 70. Geburtstag von A. Freiherr von Gemmingen-Hornberg, 1957, S. 54-62.
47. Vgl. auch Press (wie Anm. 2) S. 38ff.
48. Wegen dieser Exspektanz wurde bereits seit 1737 verhandelt. Die Anwartschaft wurde dann im Dezember 1739 erteilt. Die einschlägige Korrespondenz zwischen Mainz und Wien in HHStAW Moguntina Hofkorrespondenz 25a und 25b.
49. Akten: HHStAW MEA RKGA 197b und Bundesarchiv Frankfurt RKG Misc. 624.
50. Gudenus an Kurmainz, 1734 Dez. 29: HHStAW MEA Korr. 60, fol. 654.
51. Max Braubach, Ferdinand von Plettenberg. Aufstieg, Glanz, Sturz und Rache eines kurkölnischen Ministers. In: M. B., Kurköln. Gestalten und Ereignisse aus zwei Jahrhunderten rheinischer Geschichte, Münster 1949, S. 201-215. Braubach erwähnt S. 214 nur das Interesse Plettenbergs an dem Kammerrichteramt, aber nicht die Exspektanz.

h

52. Einschlägige Akten: HHStAW MEA RKGA 197b.

53. Für die andere protestantische Präsidentenstelle hatte der Sohn des Präsidenten Leiningen (!) bereits eine Exspektanz; Akten: HHStAW MEA RKGA 42.

54. Akten: HHStAW MEA RKGA 19. Allerdings hatte es elf Jahre früher in dieser Frage einmal Kontakte zwischen Hohenlohe und Kurmainz gegeben: HHStAW MEA Wahl- und Krönungsakten 24b.

55. Akten: Bundesarchiv Frankfurt RKG Misc. IVb/625.

